

Antrag

der AfD-Fraktion

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 60 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg zum Thema:

Masseneinwanderung nach Brandenburg

Begründung:

Brandenburg leidet unter einer Masseneinwanderung, die mittlerweile Dimensionen angenommen hat, die über die des Jahres 2015 hinausgehen. Im Land Brandenburg wurden im letzten Jahr rund 43 000 Asylbewerber und Ukraine-Flüchtlinge registriert; für das Jahr 2023 rechnet die Landesregierung mit weiteren 26 000 Migranten, was Kosten von ca. drei Milliarden Euro bedeutet. Im sogenannten Flüchtlingsjahr 2015 waren insgesamt 28 124 Migranten auf die Kommunen verteilt worden. Damit war auch die Zahl der illegalen Einwanderer im vergangenen Jahr deutlich höher. Die Massen sind für die Kommunen nicht mehr zu bewältigen. Ende Januar verhängte daher der Landkreis Spree-Neiße einen Aufnahmestopp.

Neben den unmittelbaren Kosten gibt es im Zusammenhang mit der Masseneinwanderung zunehmend langfristige gesellschaftliche Kosten, vor allem eine überdurchschnittlich hohe Kriminalität der Migranten. Vergleiche der Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) für Deutsche und Ausländer belegen, dass Ausländer 6,3-mal häufiger tatverdächtig waren als Deutsche, bei Gewaltstraftaten wie Mord, Totschlag, gefährliche Körperverletzung oder Vergewaltigung beträgt der Faktor 5,7. Dabei wuchs der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung in den letzten drei Jahren um 12,2 Prozent.

In allen Kreisen Brandenburgs ist ein kontinuierliches Wachstum der ausländischen Bevölkerung festzustellen, während die Zahl der Einheimischen schrumpft. Die Zahl der Illegalen stieg im Zeitraum von 2020 bis 2021 um 265 Prozent. Es befinden sich 28 315 Personen ohne Aufenthaltstitel in Brandenburg, die sofort abgeschoben werden könnten. Damit besitzen weniger als zwei Drittel (61 Prozent) der Ausländer, die nicht unter die Freizügigkeit nach EU-Recht fallen, einen gültigen Aufenthaltstitel. Dabei ist die Anzahl der Abschiebungen in Brandenburg in den letzten Jahren beständig gesunken, von 795 (2016) auf 172 (2022). Auf dem EU-Gipfel am 10. Februar 2023 wurde sich darüber verständigt, in Zukunft „irreguläre Zuwanderung“ stärker durch Grenzsicherung und Abschiebungen zu bekämpfen.

Die Aktuelle Stunde soll dazu genutzt werden, über die Folgen der Masseneinwanderung zu debattieren.